

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mälzereien und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mälzereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen



Erscheinet wöchentlich am Samstag
Verlagspreis: vierteljährlich 2,00 Mark, unter Umständen 2,75 Mark
Eingetragen in die Postzustellungsliste

Verleger u. verantw. Redakteur: Dr. Fritz, Berlin-Charlottenburg
Redaktion und Expedition: Berlin S. W., Schiffbauerdamm 6
Druck: Hermann Wiedemanns Verlagsgesellschaft, Berlin S. W. 61

Interaktionsdruck:
Geschäftsverwalter: Hoyer die Buchdruckerei Kohnenstraße 44, Pfingstberg
Erlaubnis für Inserate: Montag früh 8 Uhr

Hoffnung!

Vom Osten kommt das neue Licht
Des Friedens hell herauf,
Die Nacht durchbricht's; der Völker Mitleid
Schaut freudig zu ihm auf.

Die Sehnsucht jedes Menschenherzes
Wollt stillen es mit Nacht,
Denn hütet euch und löset nicht
Das Friedenslichtchen aus.

Heppes.

Zur vierten Kriegsweltmacht.

In Bethlehem, über der Stelle, wo nach dem Neuen Testament der Menschheit vor bald zweitausend Jahren der Erlöser geboren wurde, erhebt sich ein festungsartiges Klostergebäude, das in drei Abteilungen gegliedert ist. In einer dieser Abteilungen haben die Armenier, Lateiner und Griechen inne, die neben einigen christlichen Protestanten und mohammedanischen Arabern den größten Teil der Einwohnerschaft des Ortes stellen. Mit dem Kloster ist eine große, altbewährte Kirche verbunden, die in Form eines Kreuzes angelegt ist und ebenfalls in gesonderte Abteilungen für die genannten Christenarten zerfällt. Und sowohl die Armenier wie die Griechen und Lateiner besitzen einen eigenen Gang zu der Heiligen Brücke, die sich unter dem Sockelbau befindet und ständig durch 32 Lampen erleuchtet wird. Aus dem braunen Marmor, der die Gotthe bekleidet, glänzt ein eingelassener silberner Stern. Hier soll, der Sage nach, die Krippe mit dem Jesuskindlein gestanden haben.

Seine Anhänger wohnen also in einem Hause, aber sie huldigen ihm in verschiedenen Kammern und wandern auf verschiedenen Wegen zu der Quelle des Heils. Sie haben das gleiche Ziel, doch nicht den gleichen Pfad, und wenn sie einzig sind in dem Willen zur Eroberung der Seligkeit, so gehen ihre Meinungen doch über die beste Art, sie zu erlangen, auseinander.

So findet sich die Menschheit allegorisch in einem klaren Bilde an der Geburtsstätte des Christentums wieder: Wir wollen im Grunde alle das gleiche, aber wir wandeln auf verschiedenen Wegen zu unserem Ziele, das Erlösung heißt.

Bethlehem ist heute Kriegsgebiet. Nicht zum ersten Male. Um die Wende des 11. Jahrhunderts stritten hier die Sarazenen, und auch im 13. und 15. Jahrhundert tobten hier Kämpfe, die Teile des Landes zerstörten. Aber zum ersten Male werden die Donnergrüße modernen Geschützkampfes ihr Echo in der Heiligen Gotthe gefunden und den Unglücklichen und Gläubigen des Ortes ans dem Munde gesprochen haben, der heute als zeitgemäßer Verkündiger christlicher Liebe und Duldung das Heil der Völker garantiert.

Wenn auch nicht im religionsgeschichtlichen Sinne, so doch in dem der Ethik, der höheren menschlichen Sittlichkeit. Denn wir hören ja immer wieder, daß dieser Krieg im Namen der Freiheit und des Rechtes der Völker geführt werde, daß man die Demokratie, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und die erhabenen Gedanken edlerer Menschlichkeit für alle Zeiten sichern müsse, und daß die Blut- und Güterverwüstung nur darum noch kein Ende nehme, weil sich einzelne Nationen hartnäckig gegen ihre Erlösung sträuben.

Wieviel Opfer für diese merkwürdige „Erlösung“ schon dahingefahren sind — wer will es heute sagen? Aber wenn es wahr ist, was kürzlich berichtet wurde: daß Rußland allem fünf Millionen Tote zu beklagen

hat, dann tümt sich vor unserer inneren Anschauung ein Schöfelberg von so gigantischer Höhe, daß jedes Begriffsvermögen trauernd versagt. Und gleich hoch reißt sich die schauerliche Frage empor: Welches menschliche Wesen wäre mit gutem Gewissen imstande, diesen Berg der Opfer zu rechtfertigen? Welcher Zweck, welches Ziel wären groß genug, um all das Leid und Leid, all die Qual und Pein, davon die Menschheit nur seit mehr als drei Jahren heimgeführt wird, zu entschuldigen? Es gibt keine Antwort darauf, da selbst der denkbar größte Erfolg der ungeheuren Opferzahl und grenzenlosen Zerstörung nicht die Woge halten kann. Leitet einen Strom auf dürrer Ader. Was nützt er dem Lande, wenn er es mit sich fortzieht?

Man will uns die Freiheit, das Recht, die Demokratie von außenher bringen. Selbst das ferne Amerika ist heilig um unsere Erlösung besorgt und hat sich entschlossen, die höhere Sittlichkeit seiner Panzers und DOLLARJäger nach Europa zu verpflanzen. Seit Monaten bombardiert man uns mit edelmenschlichen Redensarten und daneben freilich mit den Stahlgeschossen aus dem jammervollen Betlehem in Pennsylvania.

Wir sehen also hier eine Methode im internationalen Gebrauch, die sonst im inneren Leben der Nationen eine bedeutende Rolle spielte: die Methode, ein unheilvolles Lur und Wollen mit menschenfreundlichen Phrasen zu verpacken. Dieser Krieg ist eben ein modernes Unternehmen: er bedient sich der neuesten Technik, steht aber daneben die Keilhacke nicht. Und keine Lüge, keine Heuchelei und Verleumdung ist zu handgreiflich, daß sie nicht den zu befreienden Völkern in Gemeinschaft von Handgranaten an den Kopf geworfen würde.

Aber vielleicht dienen alle jene Phrasen weniger der Aufgabe, die fremden Völker als vielmehr die eigenen zu gewinnen. Man läßt die Fahnen höherer Ethik flattern, um die Gefolgschaft beisammen zu halten und sie für die unangenehmen Zwecke in Tod und Verderben zu führen.

Freiheit, Recht, Demokratie — die ganze Erlösung der Völker liegt überall, auch wo jene Dinge anerkannt sind, noch in den ersten Windeln. Wäre es anders, dieser Krieg wäre nie begonnen worden oder hätte doch längst sein Ende gefunden. Denn es ist doch keine Frage, daß die große Mehrheit aller Völker den Schluß des Wandens und der Zerstörung mit allen Fasern herbeiseht, daß aber dieser Wille bisher den Gang der Dinge nicht bestimmen konnte. Wo also ist die Freiheit und das Recht dieser Mehrheiten, wo die Demokratie, die Herrschaft des Volkes?

Sie existiert nicht oder nur dem Namen nach. Sie wirklich lebendig und wirkungsvoll zu machen, wird die große Aufgabe jener Zukunft sein, die sich einst über den Trümmern- und Opferstätten dieses Krieges erheben muß.

Aber anders könnte sie lauten als die Arbeit, die große Masse aller Völker, ohne die der Aufbau des Vernünftigen nicht denkbar ist? Wie sie sich im Laufe der letzten Jahrzehnte wirtschaftlich an das Licht rang und die soziale und politische Bedeutung der Arbeiterklasse lawinenartig anschwell, wie sie jetzt im Kriege zu einer früher nie gekannten Beachtung gelangte, so wird erst recht die Zukunft sie als den würdigsten, weil unentbehrlichsten Teil der Gesellschaft würdigen und ihr wohl oder übel einen breiten Platz an den Tischen der Nationen einräumen müssen. Ihr wirtschaftliches Bestehen aber, das als ein naturgemäßer Vorgang vorauszuweisen ist, muß auch ihren politischen und sozialen Einfluß stärken und allmählich jene Ideen im staatlichen Leben zur Geltung bringen, die sich in der Arbeiterbewegung verfordern.

Dann aber wird sich zeigen, daß diese Bewegung mehr ist als nur eine begrenzte Massenbewegung. Mag sie für viele nur höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit, erhöhtes politisches Recht usw. bedeuten — in Wahrheit enthält sie viel mehr und Größeres: die Keime zu einer neuen Kultur der Menschheit. Nicht um kurzfristige Ideale, die andere ablösen und fruchtlos wie diese verwellen müssen, handelt es sich, nicht um Schlagworte und Phrasen, die tönend im rauhen Winde der Wirklichkeit verwehen, sondern um die einfache Erkenntnis

daß man den Bau eines Hauses nicht beim Dach, sondern beim Fundamente beginnen soll, — daß die höheren geistigen und sittlichen Interessen der Menschheit in den wirtschaftlichen Verhältnissen verankert sein müssen, sollen sie von fruchtbarer und weittragender Wirkung sein. Ideale von zukunftsweislicher Bedeutung wurzeln im realen Boden. Sie werden nicht von einem feurigen Hirn erdacht, sondern von zwingenden Umständen geboren.

Eins dieser Ideale heißt: Völkerfrieden. Muß es begründet werden, daß alle Umstände ihn gescheitert fordern? Daß er eine Lebensnotwendigkeit allen Völkern ist, die kulturell aufwärtsstreben? Die Gegenwart antwortet wohl deutlich genug. Aber er wird nicht eher ganz gesichert sein, ehe nicht auch das innerstaatliche Leben der Nationen von dem Interesse der großen Volksmasse bestimmt und geleitet wird. Alle modernen Kriege sind mehr oder minder Konkurrenzkämpfe des Kapitals oder entpringen letzten Endes aus irgendwelcher kapitalistischen Absicht. Erst wenn es der Arbeiterbewegung gelingt, in ihrem Einfluß auf die Gestaltung der Gesellschaft und der Staatseinrichtungen so fortzuschreiten, daß diese Ursachen hinwegfallen oder doch gemindert werden, verjüngen der wesentlichste Beweggrund zum Kriege.

Allerdings: „Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“

Nur eine internationale Entwicklung, die sich in den angeedeuteten Bahnen bewegt, kann den Frieden verbürgen. Aber sollen wir daran zweifeln, daß der Wille hierzu nach den eindringlichen Lehren dieser grauenhaften Zeit in den Arbeiterklassen aller Länder lebendig und tatkräftig sich ans Werk macht? Sollen wir glauben, daß man sich da oder dort wieder an schönen Freden genügen lasse und im Stillen den alten Strumpf nationaler Vorurteile weiterstricke?

Das wird, so hoffen wir, überall vom drängenden Zwang der Entwicklung und von der klar zutage liegenden Erkenntnis verhindert werden.

Die Völker wollen, wir sagen es schon, im Grunde alle das gleiche: wollen mitbestimmen im Staate, wollen wirtschaftliche und politische Rechte, wollen in jedem Betracht das Wohl des Volkes als oberstes Gesetz anerkannt wissen. Kein menschlich ausgedrückt, alle wollen die ohnehin kurze Spanne des Lebens möglichst sorglos und als mündige, freie Wesen verbringen.

Erlösung! Es ist der Ruf aller Völker. Der Sinn dieses Wortes wird nicht mehr erschöpft von der Heilshoffnung, die einst in Bethlehem aufstammte.

Aber sie alle streben, wenn auch vielleicht auf verschiedenen Wegen, zu jenem silbernen Stern des Friedens, der das Haus unserer Zukunft erleuchtet und uns freundlichere Weihnächten verheißt, als wir sie heute leider zum ersten Male durchsehen müssen.

Mit der Betriebszusammenlegung

Geschäftliche hat eine gut besuchte Versammlung des Schutzverbandes der Norddeutschen Brauereigenossen am 13. Dezember in Berlin. Direktor Marthies-Dresden, der über die bisherigen Maßnahmen in der Frage und auch über die Sitzung im Reichsrat des Jahres am 1. Dezember berichtete, betonte unter dem Vorfall der Versammlung, daß alles daran gesetzt werden müsse, eine Aufrechterhaltung der für das Gewerbe so bedrohlichen Verordnung herbeizuführen, indem man den Behörden gleichzeitig bewies, daß ihre in den Vordergrund gestellten Wünsche auf Herausziehung der für den Kriegsbedarf erforderlichen Metallmengen aus den Brauereien auch ohnehin sich erfüllen lassen. Es müßte sich also darum handeln, die Metallmengen der Regierung anzugeben, welche innerhalb der geforderten 30 Proz. noch abzuliefern seien, und ferner die Mengen, die freiwillig von den Brauereien noch zur Verfügung gestellt werden können.

Aus der Versammlung heraus wurde darauf mitgeteilt, daß eine solche Unterlage bereits für einen kleineren Zusammenlegungsbezirk zusammengestellt wurde und — unter Mitwirkung der Ziffern — daß diese ein sehr günstiges Ergebnis gezeigt habe.

Nachdem noch mehrere Redner zu der Frage des Vorrats genommen hatten, wurde einstimmig beschlossen, durch Vermittlung der Bezirksausweise eine genaue Zusammenstellung der für die Kriegsvollzugsleistung erforderlichen Leistungen in den Branchen der Norddeutschen Viehwirtschaft herbeizuführen. Eine Kommission, bestehend aus acht Herren, soll unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen aufstellen. Das für den Krieg benötigte Material soll dann dem Staat überlassen werden. Auf diese Weise würde dann der erste Nachweis gegeben, daß der von den Branchen erforderte Vorratbedarf sich auch ohne den Zwang zur Zusammenlegung aus dem Betriebe herbeizubringen läßt, und damit erfüllt dann der letzte Grund, der nach den Verfügungen der Behörden diese Zwangsmaßnahme rechtfertigen sollte.

Betriebszusammenlegung und Schadloshaltung der Branchenarbeiter. In einer Versammlung der Branchen vom Zusammenlegungsbezirk U. M. die von jetzt 150 Personen besteht war, kam der Vertreter unserer Organisation die Frage der Schadloshaltung der Branchenarbeiter und der Sicherung der Unterstützung der Kriegsfamilien an. Die Arbeiterklasse ist sehr der Betriebszusammenlegung mit größter Befürchtung entgegen, namentlich die alten Arbeiter befürchten, daß sie durch diese gewaltige Konzentration der Produktion ihre Arbeitsstellen verlieren. Auch die Lehrlingskinder laufen Gefahr, den Schulgründen mit dem Schulgründen verlustig zu werden, wenn keine Garantie geboten würde, diese Leute wieder unterzubringen. Auch die Unterstützung an die Kriegsfamilien müsse unter allen Umständen gesichert werden.

Der Vertreter Herr von Thunen, Geschäftsführer vom Reichsbauernverband, nahm Bezug auf die Petition der Arbeiterorganisation, worin sie diese Forderungen dem Reichsamt des Innern unterbreitet hatte, und erklärte, daß der Reichsamt diese eingehend mit dieser Frage beschäftigt habe. Für die Branchenarbeiter müsse unter allen Umständen gesorgt werden, die durch die Stilllegung ihrer Betriebe zu verlieren. Die Unterstützung an die Kriegsfamilien wird über die Kriegszeit weitergeführt, seitens der Branchen soll alles geschehen, die Arbeiter wieder zu helfen. Die endgültige Regelung der Frage wird den einzelnen Bezirksausweisen überlassen.

Schleichhandel und Lauchhandel.

Das Glanz unserer Lebensmittelerzeugung tritt immer deutlicher zutage. Selbst wenn man alle Schwereigkeiten während der Kriegszeit in Kauf nimmt, so muß man doch sagen, daß die bewährte Organisation unserer Lebensmittelerzeugung und Lebensmittelerzeugung in den verschiedenen Stufen der Verarbeitung als niemals vorher hat der Krieg gezeigt, daß wir wirtschaftliche Leistungen nicht durch Zwangsorganisationen leisten können, wenn die Behälterung der organisierten Behälterungen eines inneren Widerstand entgegensteht. Nur die freiwillige Mitarbeit aller Bevölkerungsteile ist notwendig, ein Volk über die Schwierigkeiten in der Lebensmittelerzeugung hinwegzubringen, und an dieser Freiwilligkeit fehlt es, denn wenn irgend eine Verordnung erlassen oder eine Maßregel getroffen worden ist, so können mindestens drei Viertel der Bevölkerung darüber nach, wie sie den behördlichen Anordnungen ein Schnitzmesser schlagen und sie umgehen können.

Dieser innere Widerstand hat es immerhin bewirkt, daß es nirgends flammend und daß die Sorge um den Lebensmittelvorrat immer existierender wird. Das ist man, um ein nebelhaftes Beispiel heranzuführen, daß trotz der reichlichen Vorräte Getreide- und Hülsenfrüchte hier notwendiger Vorrat nicht nur sehr selten, sondern manchmal gar nicht zu haben sind? Der Widerstand ist die Hauptursache der Schwierigkeiten in der Lebensmittelerzeugung, die eine solche Schwierigkeit erzeugt hat. Die Behälterung hat den Behörden an die Verfügungen der Behörden verhalten, sie werden immer existierender zur Selbsthilfe, indem sie sich selbst einrichten wie und wo Lebensmittel beschaffen. Das braucht nur die Kommissariate in der Nähe der Städte zu beobachten, um einen Beweis zu bekommen, daß der Mangel der Bevölkerung vor dem Kriegszustand liegt. Gegen die Behörden auch noch zu erklären, daß an den notwendigen Lebensmitteln kein Mangel ist und daß eine planmäßige gerechte Verteilung stattfinden werde, denn wenn überall diesen Verfügungen Gehör gegeben wird, so wird eben weitergeschritten. Der größte Mangel ist, daß nur eine verhältnismäßig geringe Zahl der Individuen Verbraucher sind, die den ihnen zugewiesenen Vorrat beanspruchen, daß aber die übertragene Verantwortung nach wie vor besteht ist, daß man diesen Vorrat zu beschaffen? Die Behörden sind verpflichtet, mit den eigentlichen Arbeitern zu sprechen, daß die Waren nach offenen Markten vertrieben werden, wenn für sie die Verteilung hergestellt werden, daß sie aber mit den Kriegsveteranen zu höheren Preisen zu kaufen zu lassen sind.

(Fortsetzung der Besprechungen des

Krieges ist der Schleichhandel. Tausende von Personen haben sich darauf geworfen. Waren, die einem Nachbarn unterliegen, unter der Hand aufzutreiben und mit einem unveränderten Aufschlag weiterzuverkaufen. Da sind zunächst die verschiedenen Nahrungsmittel, die zu normalen Preisen nicht mehr zu haben sind, die man aber, wenn man auf den Preis nicht achtet, immer noch genügend kaufen kann für Getreide, Eier, Butter und Fleisch werden geradezu wuchernde Preise gezahlt, und auch die verschiedenen Nahrungsmittel werden ungeheuer in die Höhe getrieben. Es sind nicht allein die Schleichhändler, die diesen verdammtwürdigen Dreck treiben, auch das hamstierende Publikum aus den zahlungsunfähigen Kreisen unterstützt diesen Dreck, weil es sich gegenwärtig überhört. Gerade so verhält es sich mit den anderen Bedarfsgegenständen. Für Getreide, Schuhe, Holzwaren usw. werden ungemein hohe Preise gezahlt, wenn man sie „unter der Hand“ kaufen kann. Die Folge davon ist, daß die Angehörigen der bestehenden Klassen in der Lage sind, nach wie vor in die Höhe zu leben, während die Angehörigen der unteren Klassen leiden. Gegen den Schleichhandel sind bislang alle behördlichen Maßnahmen wirkungslos geblieben, was wesentlich auch dadurch mit verschuldet ist, daß die zahlungsfähigen Verbraucher dieses Unweises in jeder Weise unterstützen.

Auch der Lauchhandel, der im Zeitalter des Kapitalismus bereits abgenommen war, ist wieder aufgetaucht und spielt eine wichtige Rolle bei der Verknappung von Lebensmitteln. Es ist bekannt, daß man auf dem Land alle möglichen Nahrungsmittel bekommen kann, wenn man andere Waren, wie Zucker, Reis, Getreide, Petroleum usw. dagegen austauscht. Die Geschäftsinhaber in der Stadt erleben sich ebenfalls auf dem Lauchhandel. Denn sie auch wegen der Warenbeschaffung nichts mehr im Laden haben, so haben sie doch noch immer etwas im Hintergrunde, das sie bei günstigen Angeboten gegen andere Waren austauschen. Auf dem Wege des Lauchhandels kann man nach heute Getreide und Unterzeug, Bettüberzüge und Läden sowie alle möglichen anderen Sachen bekommen. Die Geschäftsinhaber helfen einander aus, während sie das Publikum mit leeren Worten abweisen, und wenn eine Bauerntreu mit ihren Vorkäufen auf der Straße erbeutet, so kann sie alles bekommen, was sie haben will.

Was ist gegen Schleichhandel und Lauchhandel zu machen, wie ist die Durchbrechung der Lebensmittelrationierung zu verhindern? So fragt man sich allgemein, aber niemand weiß eine durchschlagende Antwort zu geben. Die einen empfehlen härtere Strafen und Konfiskationen der Waren und Gewinne, die anderen sind der Meinung, man müsse mit dem ganzen System brechen und dem freien Handel wieder das Feld einräumen. Das letztere wäre unzweifelhaft ein ganz gefährliches Experiment und könnte leicht dahin führen, daß die Wohlhabenden unverändert hamstieren, so daß die Unbemittelten schließlich das Nachsehen hätten. So wird es dann wohl nichts anderes übrigbleiben, als daß Behörden und Gerichte einen erbitterten rücksichtslosen Kampf gegen die Wucherer, Hamstierer und Lauchhändler führen und daß sie in diesem Kampfe von allen rechtlich denkenden und sozial empfindenden Menschen unterstützt werden. Vielleicht hilft etwas, Schaden kann es ja keinesfalls.

Vom Weltkrieg.

Sozialisten sind aus der Zeit: Hamburg: A. Weber, Tischlermeister, Tischlermeister; Rev: Ludwig Lang, Bauer, Weber Brauer; Ober ihrem Sekretär; In Veranlassung gemien ist Hermann Wolf, Vizepräsident; Das Generalkomitee: E. Wolf, Frankfurt am Main; Ulrich Meißner, Tischlermeister, Lindenburger; Berlin; Valentin Sonntag, Bauer, Brauer; Juppold, Berlin.

Die Erhöhung der Mannschäftszahlung.

Die Zahlung der Unteroffiziere und Mannschaften wird nach dem neuen „Armeeverordnungsblatt“ mit Wirkung vom 21. Dezember 1917 wie folgt erhöht:

a) Bei mobilen Formationen für: Signalwache und Signalwache, Jahrtische und Sanitätswache von monatlich 63 Mk. auf 70,90 Mk. für Sergeanten, Oberfähnenjunker und Sanitätssergeanten von monatlich 57 Mk. auf 67,50 Mk. für Unteroffiziere, Fähnenjunker, Bataillonsoberoffiziere, Regiments- und Bataillonsoberoffiziere, Fähnenjunker, Hornisten und Trompeter, Sanitätsunteroffiziere, Oberbäder und sonstige Oberhandwerker, sofern die vorgenannten Funktionenunteroffiziere nicht einen höheren Dienstgrad bekleiden, von monatlich 40 Mk. auf 48 Mk. für Sanitätsgefreite und Militärfrankenwärtersgefreite von monatlich 34,10 Mk. auf 38,50 Mk. für Obergefreite und Gefreite von monatlich 18,90 Mk. auf 21 Mk. bei mobilen Formationen und bei Signalwache und Signalwache.

meister, Fähnriche und Sanitätsfeldwebel von monatlich 57 Mk. auf 60 Mk. für Sergeanten, Oberfähnenjunker und Sanitätssergeanten von monatlich 49,50 Mk. auf 60 Mk. für Unteroffiziere, Fähnenjunker, Bataillonsoberoffiziere, Oberbäder und sonstige Oberhandwerker, sofern die vorgenannten Funktionenunteroffiziere nicht einen höheren Dienstgrad bekleiden, von monatlich 38,60 Mk. auf 42 Mk. für Sanitätsgefreite und unberittene Sanitätsgefreite und Militärfrankenwärtersgefreite von monatlich 18,90 bzw. 17,40 Mk. auf 22,50 Mk. für berittene und unberittene Obergefreite und Gefreite von monatlich 12,90 bzw. 11,40 Mk. auf 16,50 Mk. für berittene und unberittene Militärfrankenwärtersgefreite von monatlich 11,40 bzw. 9,90 Mk. auf 15 Mk.

An der Löhnung für die vorstehend nicht genannten Unteroffiziere sowie die Feldgendarmesgefreiten wird nichts geändert.

Konferenz der Vertreter der Verbände.

Am 22. bis 24. November tagte eine Konferenz der Vertreter der Verbände. Im Mittelpunkt der dreitägigen Konferenz standen die Entwurfe eines sozialpolitischen Arbeiterprogramms und eines Arbeiterkammergesetzes. Das von der Generalkommission vorgelegte Arbeiterprogramm sozialpolitischer Gewerkschaftsforderungen umfasst in 18 Gruppen die Forderungen zur sozialpolitischen Organisation (Verwaltung), Arbeitervertretung, zum Organisationsrecht, Tarifvertragsrecht, Einigungsweesen, Arbeitsrecht, Arbeitsurlaub, zur Arbeiterversicherung, Arbeitsbeschaffung, Arbeitsvermittlung, zum Gesundheitswesen, zu den Sozialleistungen, zur Wirtschaftspolitik, internationaler Sozialpolitik, Volkserziehung, Wohnungsfürsorge, Volkshygiene und Volkserziehung. Die Forderungen sind eingehend begründet und zu einer Darstellung zusammengefasst, die eine Neugestaltung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnisse Deutschlands verlangt. Diese Darstellung soll den Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet, aber auch als Vorarbeit für die sozialpolitische Neuorientierung veranschlagt werden. Über die Programmfrage referierte Herr Dr. Dieckhoff, er gab im wesentlichen das Entwurfsverständnis der Verbände wieder mit den Forderungen, doch wurden auch mancherlei Neuformulierungen, Ergänzungen und Ergänzungen beschlossen. Der Vorschlag des Programms als Eingabe zum Reichstag stimmte die Konferenz zu.

Der Entwurf des Arbeiterkammergesetzes begründete Legren. Der Entwurf ist das Ergebnis gemeinsamer Arbeit der Zentralen aller Gewerkschaften und Interessentenverbände, die die Zeit für günstig erachteten, die Schaffung gesellhafter Arbeitervertretungen durchzuführen. Da die Gewerkschaften auf der Forderung von Arbeiterkammern bestanden, so kam ein Kompromiß zustande, nach dem paritätische Gremien der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schaffen seien, den Arbeitnehmerschaften indes das Recht zuzuteilen soll, zwecks eigener Interessenvertretung für sich alle zusammenzutreten, Anträge zu stellen, Eingaben zu machen, Entschlüsse abzugeben und Erhebungen zu veranstalten. Die Kammern sollen territorial aufgebaut werden, aber auch besondere Berufsvertretungen für die Landwirtschaft, sowie für kaufmännische und technische Angestellte erhalten und neben dem Recht der Antragstellung, Beratung und Erhebung auch allgemeine wirtschaftliche und soziale Wohlfahrts-, sowie Verwaltungsaufgaben erhalten. Im besonderen sollen sie bei der Regelung des gewerkschaftlichen Schlichtens und Schlichtungsweesen mitwirken, dem Arbeiter vom Tarifvertrags sowie von Arbeitsausfällen für die Hausindustrie fördern, deren Tätigkeit bei der Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen unterstützen und den von diesen festgestellten Löhnen durch Beschluß unabhängige Arbeit berechnen. Sie sollen ferner Einigungsämter und Schlichtungsstellen errichten und die Mitglieder des Einigungsamtes aus ihrer Mitte wählen. Der Entwurf regelt zugleich die obligatorische Einführung von Arbeiter- und Angestelltenauschüssen für alle Betriebe mit mindestens 20 Personen, deren Wahl und Aufgaben, sowie die Wahl der Mitglieder der Schlichtungsstellen und die Aufgaben der Einigungsämter. Der Referent legte überaus deutlich dar, daß in diesem Entwurf die Vorgänge der Arbeiter- und der Arbeitnehmerschaften vereint seien und gleichzeitig die Möglichkeit der dauernden Erhaltung der Arbeiterauschüsse und Schlichtungsstellen des Arbeitsvertrages gegeben sei. In der Debatte wurde dem Entwurf im allgemeinen zugestimmt und nur einige Änderungen gewünscht, über die mit den übrigen Zentrallen eine Verständigung herbeigeführt werden soll.

Zu den Differenzen im Leipziger Gewerkschaftsamt nahmen die Sachverständigen nachstehende Resolution an:

„Nach den Beschlüssen der Gewerkschaftsamttagung sollen die Zweigvereine der gewerkschaftlichen Zentralverbände zu einem stärke Teil sich vereinigen. Die Umbildung eines zweifachen Amtes ist unzulässig und bedroht die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die zur Erfüllung der besten Aufgaben der Gewerkschaften unbedingt ist.“

Die Verabschiedung aus Verbandsmitteln an ein Amt, das im Gegensatz zu dem bestehenden Amt in Widerspruch steht mit den Verbandsstatuten und den Beschlüssen der Gewerkschaftsamttagung und der Verbandsamttagung.“

„Mit dem ersten Teil dieser Entschlüsse erklärten sich sämtliche Vertreter einverstanden; nur gegen den Schlußteil stimmte ein Vertreter.“

Ein Antrag, das Verbot des Uebertritts von Mitgliedern aus einer Gewerkschaft in die andere während des Krieges, aufzuheben, wurde abgelehnt.“

Die Auslegung, die Einführung der unge- teilten Arbeitszeit unter der Voraussetzung ach- tündiger Arbeitszeit mit kurzen Pausen und ausreichen- der Ernährungsfürsorge zu empfehlen, wurde nach kurzer Erwägung abgelehnt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die körperlichen Anforderungen und gesundheitlichen Wir- kungen nicht in allen Verufen die gleichen seien und daß besonders die eine Voraussetzung für den Wegfall längerer Mittagspausen in den Großfabriken, die weiten Entfernun- gen der Wohnungen vom Arbeitsplatz in den Kleinstädten und auf dem Lande nicht in gleichem Maße liegen, weshalb einer Vereinheitlichung dieser Reform schwere Bedenken entgegenstünden.

Zur Erreichung einer Reichs-Arbeitslosen- versicherung sollen besondere parlamentarische Schritte unternommen werden.

Der General-Kommission wurde neben dem ordentlichen Beitrag ein Vorschlagsbeitrag von 20 Pf. pro Mitglied und Jahr gewährt. Ein Antrag, für weibliche Mitglieder diesen Beitrag zu ermäßigen, fand keine Annahme.

Wirtschaftliche Rundschau.

Vom Aktienwesen. — Der Kampf um die Dividende. — Gelegenheits- und Dauerkaktionäre. — Produktivitäts- interessen und Gewinnausbützung. — Herrschaftsverhält- nisse und Aktienmehrheit.

Bei Besprechung der von den Aktiengesellschaften ge- übten Dividendenpolitik ist hier schon häufig auf die gegen- sätzlichen Interessen hingewiesen worden, die in Fragen der Gewinnausbützung zwischen den Verwal- tungen und den Aktionären bestehen. Mit der Aus- breitung des Aktienwesens haben die erwähnten Gegensätze eine wirtschaftliche Bedeutung erlangt, auf die auch Walter Rathenau in einer vor kurzem veröffentlichten Broschüre „Vom Aktienwesen“ hinweist. Er unterscheidet zwei Gat- tungen von Aktionären. Die eine Gattung der Käufer erwartet eine angemessene Verzinsung ihres angelegten Kapitals, die andere Gattung erhofft einen Kursgewinn. Die erste Gattung, vorwiegend die größeren Vermögens- verwalter, die nicht auf fortwährenden Besitzwechsel eingerichtet sind, beginnt nach Rathenau damit, das Unter- nehmen hinsichtlich seiner sachlichen und persönlichen Ver- hältnisse eingehend zu prüfen, bevor sie sich beteiligt. Ge- winnt sie Vertrauen, so wünscht sie ihren Besitz zu erhalten, freilich, indem sie ihn dauernd beobachtet und überwacht. Das ist der Dauerkaktionär. Die zweite Gattung, die des spekulativen Aktionärs, kauft, nicht um zu besitzen, sondern um zu verkaufen. Ihm liegt daran, daß das Unternehmen sein Erträgnis und damit seinen Kurs steigert, solange er den Anteil besitzt, und zwar möglichst rasch, damit er schnell verkaufsfähig werde, gleichviel aus welchem Anlaß und mit welchen Mitteln. Das ist der Gelegenheitsaktionär, dem es gleichgültig sein kann, was geschieht, nachdem er ver- kauft hat; verschlechtert sich das Unternehmen, so bietet das zumal die Veräußerung, daß er nicht zu früh verkauft hat. Es kommt vor, daß er das Unternehmen nur dem Namen nach kennt, an dessen Geschicken er teilzunehmen und mitzuwirken berechtigt ist.

Ohne Zweifel ist diese Charakteristik des Gelegenheits- aktionärs in vielem richtig, doch die vergleichende Dar- stellung enthält Lücken und läßt dadurch falsche Schlüsse zu, die besser nicht aufkommen. Das Meer von Gelegen- heitsaktionären folgt den Kursbewegungen, die oft durch Spekulationskrisen hervorgerufen werden, denen nach ihrer äußeren Stellung — folgt man Rathenau — gewiß der Titel „Dauerkaktionäre“ zugesprochen werden wird. Diese spekulativen Aktionäre sitzen oft in den Verwaltungen der Gesellschaften, deren Aktien sie verkaufen oder kaufen, oder setzen den Verwaltungskreisen außerordentlich nahe.

Am wenigsten darf man nach dem Grad des besser oder schlechter Unterrichtetseins die Aktionäre in Dauer- und Gelegenheitsaktionäre scheiden. Mancher wird zum Ge- legenheitsaktionär gerade aus der besonderen Kenntnis der Verhältnisse einzelner Gesellschaften, und das nicht gerade in jenseitigen Fällen. Als Kasse sind die Gelegen- heitsaktionäre Lotterietiere, wobei nur nicht vergessen werden darf, daß die Beteiligung an dem Lotterietiere, das die Hoffnung auf Kursgewinn darstellt, der deutschen In- dustrie ungeheure Geldmittel zugeführt hat, Mittel, die unter anderen Bedingungen für Industriezwecke kaum flüssig zu machen gewesen wären.

Die frühere Entwicklung unserer Aktiengesellschaften stand oft genug nur zu stark im Zeichen des Kursstrebens dieser Aktionärgattung, doch dieser Zustand ist für weite Gebiete unserer Großindustrie eine überwindende Hindernis- kraft des deutschen Wirtschaftslebens. Mit dem tech- nischen und wirtschaftlichen Aufstieg unserer Industrie, an dem mit in erster Reihe die Aktienbetriebe partizipierten, haben sich die Herrschaftsverhältnisse innerhalb der Unter- nehmen stark verschoben. In den führenden Gesell- schaften ist der Einfluß der Gelegenheitsaktionäre, wie sie Rathenau auffaßt, meist geschwunden. In den General- versammlungen dieser Betriebe sind die Reden jener Ge- legenheitsaktionäre nur leere Deklamationen, eine Zer- setzung, mit der indessen nicht gefast werden soll, daß Ausführungen solcher Redner immer belanglos waren; sie enthalten im Gegenteil oft sehr wichtiges Material, das seinen Wert behält, auch wenn man es nicht zur Grundlage des Vorlesens nach höherer Dividende macht, was es allerdings in der Regel zu dienen pflegt. In dieser Stelle bedarf es keiner Betonung, daß das System einer Dividendenbeschränkung das volkswirtschaftlich rich- tige ist. Von einer großen Zahl der deutschen Aktien- gesellschaften ist seit einer langen Reihe von Jahren dieses System planmäßig beibehalten worden, wobei diese Praxis durch den Umstand sehr erleichtert wurde, daß die Ren- tabilität der meistaus größten Zahl der Aktienbetriebe auch bei vorzüglichster Gewinnausbützung sehr respektable Dividenden ermöglicht hat. Erfreulicherweise haben die Aktienbetriebe in ständig größerem Umfange große Teile des Gewinns zu der inneren Stärkung ihrer Betriebe zu- rückgehalten; diese innere Aufpflasterung machte sie in einem Maße von Konjunkturschwankungen abhängig, das früher kaum für möglich gehalten worden war. Am besten ist der Wert der inneren Kräftigung der deutschen Aktien-

gesellschaften in den ersten Monaten des Weltkrieges er- wiesen worden.

Durchgesetzt wurde diese Politik von den Verwal- tungen der in Frage kommenden Aktiengesellschaften, wo- bei zugegeben werden muß, daß sie in den meisten Fällen zunächst nur unter Berücksichtigung der wirklich erzielten Gewinne betrieben werden konnte. So kamen viele Ver- waltungen zu der Methode systematischer Bilanzumflacht, deren Gefahren durchwegs vermieden werden können, ohne daß deshalb dem Dividendenwucher der Aktionäre stärkere Konzeptionen als bisher gemacht zu werden bräuchten. Dazu bedarf es der Errichtung allgemeiner Kontroll- einrichtungen für die Aktiengesellschaften, die nach möglichst einheitlichem Schema Revisionsämtern gegenüber zu un- beschränkter Bilanzklarheit verpflichtet sein müßten. Je mehr die entscheidenden Zweige der Industrie, des Handels und des Verkehrs von Aktienunternehmungen beherrscht werden, um so weniger darf die Handhabung ihrer Ge- schäfte als Privatangelegenheit angesehen werden; sie sind eine Angelegenheit der Nation, sie können nach ihrer Grundlage und ihrem Aufbau auch gar nicht beanspruchen, anders als öffentliche Institutionen angesehen zu werden. Selbst wenn man zugeht, daß gerade die bedeutendsten unserer Aktiengesellschaften mit der vorher anerkannten Solidität geleitet worden sind, wird man sich den Not- wendigkeiten der eben dargelegten Forderungen für die Zukunft doch nicht verschließen können. Es war von den günstigsten Folgen für unsere Volkswirtschaft, daß die Verwaltungen einer langen Reihe von Betrieben den Aktionärsinteressen als Vertreter der Produktivitätsinteressen gegenüberzutreten in der Lage waren; diese Seite ihres Programms dachte sich durchaus mit dem Ziel, das auch die Arbeiterschaft in ihrem und dem Gesamtinteresse ver- folgen muß und verfolgt. Den Gesellschaften, die sich finanzielle Unabhängigkeit verschafften, also nicht von Kreditgebern abhängen, ist auch die Mäßigung bei der Dividendenverteilung natürlich wesentlich leichter als Unternehmungen, die auf große Kredite angewiesen sind und daher oft mit fremdem Willen rechnen müssen, selbst wenn die Kreditgeber nicht selber über einen großen eigenen Aktienbesitz verfügen. Die in den Verwaltungen der industriellen Aktiengesellschaften vertretenen Banken z. B. verfügen in der Regel über einen vorzüglichen Aktien- besitz nicht, das erleichterte den Vorständen zahlreicher Industrieunternehmen die Durchführung ihrer Politik gleichfalls, weil sie sich in den Generalversammlungen ge- schäftlich von Aktienmehrheiten, die die Banken aus den Depots ihrer Kunden aufbringen und den Stim- mungswünschen der Verwaltungen vorbehaltlos zur Ver- fügung stellen. Dieser Erfolg der Zersplitterung des Aktienbesitzes und der Zusammenfassung einzelner Aktien- gemeinsten kleiner oder kleinerer Aktionäre durch die Groß- banken mit ihren weitreichenden Jangarmen in Gestalt von Niederlassungen aller Art hat sich dergehalt häufig als vorteilhaft erwiesen. Andererseits führten diese Zu- stände dort, wo industrielle Gesellschaften mit finanzieller Abhängigkeit von den Banken wirklich rechnen müssen, zu einer Nachhilfe der Banken und nicht selten zu einer Anwendung dieser Macht, die mit dem wohlverstandenen Interesse der so kontrollierten Unternehmungen durchaus nicht vereinbar sind. Aus der Praxis sind genügend Fälle bekannt, wo Banken oder einzelne Großaktionäre nicht nur zum Schaden der übrigen Aktionäre, das wäre von untergeordneter Bedeutung, sondern der Gesellschaft selbst sich Sonderprivilegien auf Grund von Aktienmehrheiten ver- schafften. Sie erzwangen sich langfristige und ihnen ge- winnbringende Bezüge oder vermittelten gar in ihrem Wert zweifelhaft, aber kostspielige Fusionen, nur um reiche Privatgewinne zu machen. Diese Fragen sind mit der Scheidung in „Gelegenheits-“ und „Dauer- aktionäre“ nicht abzutun.

Berlin, den 3. Dezember 1917.

Julius Kallisi.

Bewegungen im Berufe.

Brauereien, Bierbierlagen.

† Breslau. Die Brauereivereinigung be- willigte eine Erhöhung der Feuerungszulage um 7 Mk. pro Woche für das gesamte männliche und weibliche Ar- beitspersonal ab 1. Dezember und für die 7. Schicht 10 Proz. Zuschlag. Ferner wurde für das weibliche Personal zuge- standen, daß an Sonnabenden und an einem anderen Wochentage, den zu bestimmen der Betriebsleitung über- lassen bleibt, der Arbeitslohn ohne Lohnabzug um 1 Uhr nachmittags stattfindet.

† Dresden. Die Brauereiarbeiter hatten am 19. November an den Verband der Brauereien eine Eingabe gerichtet, worin sie um eine Erhöhung der Feuerungszulagen um 10 Mk. pro Woche und Person ersuchen. Die Brauerei- arbeiter gehören jetzt wohl zu den schlechtest entlohnten Dresdener Industriearbeitern. Ihre Löhne schwanken zwischen 25 Mk. bei den weiblichen und 40—45 Mk. bei männlichen Arbeitern. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Höchstlöhne nur gelehrte Brauer und Köche er- halten, während die übrigen Handwerker um zirka 3 Mk. niedriger entlohnt werden. Das Gros der Arbeiter bezieht also einen Lohn zwischen 40—45 Mk. die Woche. Diese Löhne werden einschließlich der Feuerungszulage gewährt. Es ist für jeden einsichtigen Menschen klar, daß bei dieser Lohnen die Brauereiarbeiter nicht bestehen können, und die geforderten 10 Mk. Aufbesserung sind darum nach langer kein Ausgleich der ungeheuren Löhnerhöhung. Nach drei Wochen haben die Unternehmer der Organisationsleitung mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage seien, sich in der jetzigen Zeit mit der Lohnfrage befassen zu können in Rücksicht auf die bevorstehende Zusammenlegung der Brauereien. Wenn die Zusammenlegung erfolgen wird, ist heute noch nicht ab- zusehen. Es werden darüber noch Monate vergehen. Aber auch dann, wenn der Beschluß gefaßt ist, ist er noch lange nicht ausgeführt. Die Vorräte an Bier kann man nicht in eine andere Brauerei transportieren, sondern diese müssen erst nach und nach verkauft werden. Die Arbeiter, bis nach der noch lange nicht perfekten Zusammenlegung zu ver- rechnet geht nicht an.

Für die sofortige Regelung der Lohnfrage spricht eine ganze Reihe Gründe, in erster Linie die allgemeine Feuer- ung. Ferner waren die Abflüsse der Brauereien allseitig so günstig, daß sie wohl in der Lage sind, erhöhte Löhne zahlen zu können. Endlich wäre es nach unserer Ansicht jeden- falls auch günstig für die Betriebe, wenn sie bei einer etwaigen Zusammenlegung mit bestehenden Löhnen rech- nen könnten; die Beträge mit den stillgelegenden Braue- reien könnten dann entsprechend abgeglichen werden. Die Arbeiterschaft wird geeignete Schritte zu einer baldigen Er- ledigung der Lohnfrage unternehmen müssen.

† Heilbrunn. Die Brauereien bewilligten ab 1. Novem- ber eine Erhöhung der Feuerungszulagen um 20 Mk. pro Monat für alle Arbeiter. Vom 1. Dezember ab erfolgte die Auszahlung wöchentlich. Es ist diese die fünfte Erhöhung.

† Leipzig. Die Brauerei Weissenburg be- willigte eine Erhöhung der Feuerungszulage um 8 Mk. monatlich. Die Vergütung für das nichtgeleitete Bier wurde auf 20 Pf. pro Liter erhöht.

† Ritz. Nach Verhandlung der Organisation mit der Direktion bewilligte die Vereinsbrauerei eine Er- höhung der Feuerungszulage um 4 Mk. pro Woche und der Überstundenlöhne um 10 Pf.

Korrespondenzen.

Kempten. Am 2. Dezember hatte ich Gelegenheit, einer Brauereiarbeitervertreterung beizuwohnen, wo der Ver- tretende Kollege Holzjutter über den Abschluß einer Be- wegung eines Feuerungszulage berichtete. Der schöne Erfolg, der dabei erzielt wurde, wäre allerdings dazu an- zusetzen gewesen, daß kein Brauereiarbeiter in der Versamml- ung hätte fehlen sollen. Immerhin ist es zu begrüßen, daß ein erheblicher Teil, besonders von den älteren Kollegen, wieder Interesse an der Organisation zeigen. Es ist jedem, der die Kämpfe in Kempten und dem Allgäu näher kennt, die dort unter Verbund schon auszufechten habe, eine große Genugtuung, daß der alte Kern, der vor 17 Jahren gelegt wurde, immer wieder neue Kraft ent- faltet und auch der letzte Genussschub für die Entwick- lung der Organisation beibringt. Es ist zu konsta- tieren, daß auch die Leitung der Kemptener, die unsere Organisation seit jeher schäpft, mit dem Vertreter des- selben unterhandelte und weitgehende Zugeständnisse machte. Vor allem ist das alte System der Monatslöhne gefallen und wurde zu den Wochenlöhnen eine Feuerungszulage beiträgt wie in anderen Betrieben, bis zu 12 Mk. pro Woche. Man sollte nun doch hoffen dürfen, daß der letzte Brauereiarbeiter Kemptens und besonders der Kemptener- brauerei der Organisation beiträgt, wenigstens verlangt dies von jedem die Arbeiterschaft, und man kann doch annehmen, daß eine solche noch alle besitzen, die bis heute aus Furcht oder Unkenntnis dem Verband fernblieben. Darum Kollegen, tret mit der heißen Schorn, sie ist nur der Lohn, daß ihr in Zukunft eure Pflicht tun und treu und eifrig zu den Kollegen halten sollt, die auch diese Vorteile erlangt haben. Gefasst und bereit macht der Wert eurer Person. Aktien, als Entlohnung seid ihr ein dürres wer- toloses Blatt am Baum der Entwicklung. Also schließt euch unbedinglich dem Verband an. (Ein Feldbauer.)

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Betriebsorganisation. Die Altenburger Aktien- brauerei hat die Schmöllner Aktienbrauerei, das Bürgerliche Brauhaus in Gerings- walde und die Göttschmannsche Brauerei in Süßhüt bei Rastla gekauft.

Betriebsorganisation. Nach dem „Samenbrüder“ hochachtbar das aus der Vereinsbrauerei, Lindener Aktien- brauerei und Städtische Lagerbrauerei in Hannover bestehende Konjunktium im freihändigen Kauf die Aktien des Bürgerlichen Brauhauses zu erwerben. Die alte Firma soll in Zukunft bestehen bleiben, auch der Ver- kehr mit der Kundenschaft soll der bisherigen Verwaltung überlassen bleiben, aber das Brauen im Bürgerlichen Brau- haus soll eingestellt werden.

Die Herstellung von Limonaden hat die Löwen- brauerei Peißbrunn im Geschäftsjahr 1916/17 aus- genommene.

In der Übertragung von Kolonialdingen hat die Bundesratsverordnung vom 20. November grundlegende Veränderungen gebracht. Nach den früheren Bestimmungen war die Übertragung der Kolonialdinge nur an die Wohnung geknüpft, daß gleichzeitig die entsprechenden Kolonial- oder sonstigen Gegenstände mit geliefert wer- den. Eine formelle Erklärung lag nach dem, daß Über- tragungen im Gebiete der Norddeutschen Brauereigen- meinschaft nur durch Vermittlung der Reichsgerichtungs- schaft abgeschlossen werden durften. Dieser Zustand wurde allerdings bereits Ende August durch eine amtliche Ver- fügung abgeändert, nach der dauernde Mietverhältnisse über- tragungen vor der zu erwartenden gesetzlichen Regelung in den Fällen nicht mehr vorgeschrieben werden durften, in denen nicht gleichzeitig das Brauereigrundstück oder bei Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Genossenschaften sämtliche Aktien bzw. Anteile mit übertragen. Die jetzige endgültige Fassung lautet folgen- dermaßen:

„Die Übertragung von Kolonialdingen, auch wenn der Brauereibetrieb oder das Eigentum am Brauereigrund- stück mit übertragen wird, auf andere Brauereigründe ist nur innerhalb des nämlichen Brauereigrundes und nur zum Zwecke der eigenen Verwendung im Bereiche der er- werbenden Brauerei zulässig. Sie behält im Gebiete der Norddeutschen Brauereigenenschaft der Genossenschaft der Reichsgerichtungsstelle, Konjunktionsstelle in Berlin, in den übrigen Brauereigründen der Genehmigung der von der Landeszentralbehörde bestimmten Stelle. Die Ge- nehmigung soll nur erteilt werden, soweit auf Seiten der übertragenden Brauerei ein wichtiger Grund zu der Übertragung vorliegt, und wenn die für die Dauer der

Uebersetzung bereits gelieferten oder zugekauften Getreides...

Gegenüber der vorläufigen Verfügung bedeutet die endgültige Ordnung insofern eine Erleichterung...

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Die Beitragserschöpfung im Verband der Sattler und Sattlermeister ist durch Abschaffung...

Weitere Beitragserschöpfung. Der Gemeindearbeiterverband, der einen Kriegserhöhung von 10 Pf. pro Woche...

Die Schenkungspraktiken und die Gewerkschaften. Die zur Befriedigung des Verkehrs auf den heimischen Eisenbahnen...

Die Gewerkschaften hat unter dem 16. und 17. Dezember zwei Eingaben an den Reichspräsidenten...

Vollständiges, Sojales. Das letzte Lebensmittelpreisverzeichnis ist, laut dem Reichspräsidenten...

Wochen. 21. November. Vortag: Gedächtnis an den Reichspräsidenten Gustav Heinemann...

enthalten sollen. Die Pakete werden an den Herrn Reichskanzler persönlich adressiert werden.

Das ist das amtliche Eingeständnis, daß mit den zugewiesenen Nationen niemand auskommen kann...

Der Achtstundentag in Canada. Ende November 1916 hat die südamerikanische Republik Uruguay den gesetzlichen Achtstundentag eingeführt...

Gesetzgebung, Rechtsprechung

Lohnzeitverlängerung. Urteil des Reichsgerichts vom 9. November 1917. Das Landgericht Magdeburg...

Zeitungsempfänger!

Wiederholt erjeden wir, alle unbenötigten Exemplare der „Verbands-Zeitung“ abzubestellen...

Verbandsnachrichten

Verbandsrat, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“: Berlin N. 27, Schillerstraße 6 IV, Fernsprecher: Amt Köpenick 275.

Diese Woche ist der 51. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung

Berichterstattung zum Jahresabschluss

Das Jahr 1917 neigt seinem Ende zu. Um mit der Bearbeitung des Materials zum Jahresbericht nicht aufgehalten zu werden...

Berichtsformulare über die erzielten Lernerfolge

Die den Verbandsangehörigen vor längerer Zeit zugestellt worden. Die mit der Ausfertigung derselben betrauten Zahlstellenfunktionäre...

Formulare über die erledigten Abwehrbewegungen

eingekandt. Es wird dringend ermahnt, das Beräumte noch rechtzeitig nachzuholen. Ueber jede abgeschlossene Abwehrbewegung...

Formular III: Abrechnung der Sozialkassen

ist genau anzufertigen und spätestens mit der Quartalsabrechnung für das 4. Quartal an den Verbandsvorstand einzusenden.

Quartalsabrechnung für das 4. Quartal 1917

selbst ist möglichst bis zum 15. Januar 1918 fertigzustellen und einzusenden. Mit Ablauf des 4. Quartals 1917 beginnt die vom Verbandsvorstand beschlossene laufende Vierteljahresberichterstattung Fragebogen B. O.

Die Fragebogen B. O. sowie die Unterfragebogen sind den Zahlstellen dieser Tage zugegangen. Die ausgefüllten Fragebogen B. O. sind dem Verbands-

vorstand zuzustellen, die dabei verwendeten Unterfragebogen dagegen den für die Zahlstelle zuständigen Verbandsangehörigen (Bezirksleiter) zur Verfügung zu stellen.

Revue an den Verbandsvorstand

Um bei der neuerdings erfolgten weiteren Einschränkung des Personals im Hauptbureau hier die notwendigen Arbeiten glatt erledigen zu können...

Sorgfalt beim Einlesen von Beitragsmarken

Neben noch anderen gemachten Fehlern wurde beim Umschreiben der Mitgliedsbücher auch festgestellt, daß mitunter für mehrere Wochen zu niedrige Beitragsmarken geklebt wurden...

Betrifft Einlesen der Mitgliedsbücher

Ein roher Teil der Zahlstellen, welche aufgefordert wurden, die Mitgliedsbücher, deren Markenfelder 1917 ablaufen...

Unbezahltes Sterbegeld an die Mitglieder beim Tode der Ehefrau

Bauer-München 28,50 Mk.; Weber-Mainz 22 Mk.; Ehrhardt-Gera 25 Mk.; Leing-Bamberg 24 Mk.; Wauerlein-Bamberg 36 Mk.; Breitkopf-Berlin 36 Mk.; Jode-Erfurt 34 Mk.; Gide-Galberstadt 20 Mk.; Atting-Odenburg 28 Mk.; Gbhe-Dresden 36 Mk.; Gähner-Grimma 34 Mk.; Schmidt-Delsnik i. B. 18 Mk.; Gb-Stützigberg 36 Mk.; Ring-Berlin 36 Mk.; Schler-Frankenthal 26 Mk.; Wolf-Erlangen 28 Mk.; Doh-Dresden 36 Mk.; Krause-Röslin 15 Mk.; Polz-Leipzig 28 Mk.; Gabel-Berlin 30 Mk.; Kripp-Speyer 34 Mk.; Garstetter-Mainz 30 Mk.; Dausch-Chemnitz 36 Mk.; Georg Hofmann II-Mainz 20 Mk.; Rohrer-München 18 Mk.; Niedemann-Bremen 36 Mk.; Zeiß-Leipzig 36 Mk.; Strauß-Protoschin 15 Mk.; Schmidt-Münster 36 Mk.; Ling-Gannover 22 Mk.; Leibbrand-Karlruhe 18 Mk.; Tröbner-Leipzig 36 Mk.; Kraus-Heilbronn 36 Mk.; Wohlleben-Würzburg 36 Mk.; Jäger-Ilm 17 Mk.; Lercht-Eilenburg 18 Mk.; Meinte-Lübeck 30 Mk.; Ganglmeier-Barmen 42 Mk.; Brümmer-Bremen 36 Mk.; Böhm-Berlin 28 Mk.; Dose-Hamburg 18 Mk.; Kühn-Berlin 36 Mk.; Simons-Cöln 28 Mk.; Bunka-Dresden 34 Mk.; Dählmeier-Gannover 42 Mk.; Renauer-München 36 Mk.; Weres-Düsseldorf 28 Mk.; Wandt-Breslau 20 Mk.; Hennig-Braunschweig 36 Mk.; Kain-München 36 Mk.; Glantsa-Leipzig 36 Mk.

Eingänge der Hauptkasse vom 10. bis 16. Dezember

Wiesfeld 8,50; Schmichus 36,60; Berlin 5,70; Magdeburg 2,70; Erbwege 49,27; Erlangen 143,60; Finsterwalde 3,90; Hamburg 5,- Mk.

Die Abrechnung vom 3. Quartal haben eingekandt:

Pfungstadt, Frankenthal, St. Ludwig, Eifenach, Königsberg, Remmigen, Eichwege, Sulz.

Veranstaltungsanzeigen

Donnerstag, den 22. Dezember. Gausenhäuser. 8 Uhr: Vereinslokal. Götzen. 8 Uhr bei Wiese, Grünewinkel.

Freitag, den 23. Dezember. Jansen. 2 Uhr: „Deutsches Haus“. Büttnerberg. 4 Uhr: Restaurant „Einigkeit“, Köpferstr. 1.

Um zum zweckentsprechenden Versand der nächsten Nummer (52) der „Verbandszeitung“ freie Hand zu haben...

Die Redaktion.

Rachauf. Als weiteres Opfer des Weltkrieges sei der Kollege S. Weder

Wissarbeiter, Eibisch-Bräuerei. Ihre seinem Andenken! Zahlstelle Hamburg.

Rachauf. Unser langjähriges Mitglied Wolfgang Lang

Brenner aus der Reber Bräuerei, ist gefallen. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Zahlstelle Wes.

Unsern Kollegen, dem Postler Friedrich Dackow, zu seinem 25-jährigen Dienstjubiläum die herzlichsten Glückwünsche!

Die Kollegen der Sudbräuerei, Berlin, Abt. I.

Vorläufig keine Bezugscheine vorher einfordern, erst anfragen, ob Goldscheine wieder vorrätig sind.

Joh. Dohm, Kiel, Nischentstraße 12.